

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

19. Juli 1948

Blatt 1030

1234 Liebesgabenpakete an die kriegsgefangenen Wiener

=====

in Jugoslawien

=====

Schon im Juni wurde im Wiener Rathaus bei einer von Stadtrat Afritsch einberufenen Sitzung der Wiener Kriegsgefangenen-Kommission eine neue Liebesgaben-Paketaktion für die kriegsgefangenen Wiener in Jugoslawien beschlossen. Die Angehörigen wurden, so wie bei der Weihnachtsaktion, wieder aufgefordert, die Lageranschriften bekanntzugeben, worauf die Heimkehrer-Wohlfahrtsstelle die Pakete zusammenstellte. In den letzten Tagen wurden insgesamt 1234 Pakete nach Jugoslawien geschickt, die alle den gleichen Inhalt hatten: 1 Trikotleibchen, 1 Bluse, 5 Taschentücher, 2 Handtücher, 2 Paar Socken, 1 Waschlappen, 1 Rasierapparat samt Creme und Klingen, 2 Zahnbürsten, Zahnpasta und Zahnpulver sowie eine Schachtel mit 20 Zigaretten. Jedes Paket enthielt außerdem ein direkt an den Empfänger gerichtetes Schreiben von Bürgermeister Körner.

Millionenbeträge für das Wiener Pflaster

=====

Zur Beschaffung von Pflastersteinen und Randsteinen aus Granit für weitere Straßenbauten und Instandsetzungen hat der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten wieder 2.6 Millionen Schilling genehmigt.

Bürgermeister Körner begrüßt die Wohlfahrtstagung
=====

Zur Eröffnung der Bundeskonferenz für Wohlfahrtswesen hielt Bürgermeister Dr. h. c. Körner heute vormittag im Auditorium maximum eine Begrüßungsansprache, die wir auszugsweise wiedergeben:

"Wir freuen uns, daß die erste große Konferenz, die sich mit Fragen der öffentlichen und der privaten Wohlfahrtspflege beschäftigt und die der Schulung und Weiterbildung der österreichischen Fürsorger und Wohlfahrtsbeamten dient, in Wien stattfindet und daß an dieser Konferenz nicht nur eine so große Zahl von Mitarbeitern der Wohlfahrtspflege teilnimmt, sondern vor allem auch, daß so viele Gäste aus dem Ausland gekommen sind, um uns mit ihren Erfahrungen und mit ihrem Wissen auf diesem wichtigen Gebiete bekannt zu machen und unsere Erfahrungen kennenzulernen.

Ohne Überheblichkeit darf ich wohl sagen, daß Wien nicht zu den unbedeutendsten Pflegestätten der öffentlichen und privaten Fürsorge zählt. Spricht man in Wien von Wohlfahrtspflege und öffentlicher Fürsorge, dann kann man dies nicht tun, ohne des Mannes zu gedenken, der auf diesem Gebiete bahnbrechend gewirkt hat und durch dessen Leistung gerade Wien in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Welt gerückt ist. Es ist der Schöpfer des modernen Fürsorgewerkes der Stadt Wien, Universitätsprofessor Dr. Julius Tandler, der als amtsführender Stadtrat für Wohlfahrtswesen die öffentliche Fürsorge begründet hat.

Bis am Ende des ersten Weltkrieges hat es in Wien nicht viel öffentliche Fürsorge gegeben. Die Wohlfahrtspflege war fast ausschließlich privaten Wohltätigkeitsvereinen überlassen, die wohl in Einzelfällen lindernd eingegriffen haben, das Übel aber nicht wesentlich zu beeinflussen imstande waren. Die Motive dieser privaten Wohlfahrtspflege waren einerseits die Angst vor der Revolte des Hungers und des Elends und andererseits die Selbstberuhigung, durch Verabreichung milder Gaben etwas gegen dieses Elend getan zu haben.

Julius Tandler nun stellte an die Spitze seines großen Reformwerkes den Grundsatz, daß Armut keine Schande, sondern ein

Unglück ist und daß die Gesellschaft die Pflicht hat, den Behinderten und Blinden zu helfen. Er begründete also das Recht auf öffentliche Fürsorge. Damit trat eine vollkommene Wandlung im Charakter und im Aufgabenkreis der gesamten Wohlfahrtspflege dieser Stadt ein. Die Wohlfahrtspflege wurde aus einer freiwilligen Miltätigkeit, bei welcher schließlich ja doch nur bescheidene Brossamen vom reichgedeckten Tisch der Besitzenden und Satten abfielen, zu einer Verpflichtung der öffentlichen Körperschaften aus öffentlichen Mitteln. Die private Fürsorge ist dadurch aber nicht überflüssig geworden. Ihre Aufgabe ist es, dort einzugreifen, wo die öffentliche Fürsorge aus normalen Gründen nicht wirksam werden kann, oder wo sie einer Ergänzung bedarf.

Die Verwirklichung dieser Grundsätze finden Sie in den Einrichtungen der Stadt Wien, von denen Sie sicher manche bereits kennen, oder, die Sie, wie ich hoffe, wahrscheinlich im Laufe dieser Tagung kennenlernen werden. Die Fürsorgetätigkeit der Stadt Wien beginnt bereits beim Ungeborenen und erstreckt sich auf alle Altersstufen bis zur Altersfürsorge. Sie ist zum Teil wohl erwogene und systematisch aufgebaute Prophylaxis mit dem Zweck, dem Körper, vor allem des Kindes und des heranwachsenden jungen Menschen, die besten Voraussetzungen der Entwicklung zu sichern, Krankheitserscheinungen rechtzeitig wahrzunehmen und dagegen die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Eine weitere Aufgabe dieser prophylaktischen Fürsorge an unserer gesunden Jugend, ist die Lenkung der seelischen und geistigen Entwicklung, die wir in unseren Kindergärten, Jugendhorten und anderen dazu geeigneten Einrichtungen anstreben. Diesen beiden Aufgaben dienen 78 Mutterberatungsstellen, in denen allein im Vorjahre 250.000 Beratungen von Müttern von Säuglingen und Kleinkindern durchgeführt wurden, dienen 120 Kindergärten, wo tagsüber rund 10.000 Kleinkinder betreut und verpflegt werden und 70 Hortabteilungen mit 2.500 schulpflichtigen Kindern. Dieser Aufgabe dient die Schülerauspeisung, der Schularzt, die Schulfürsorgerin, die Schulzahnklinik, dieser Aufgabe dienen aber auch die Kinderfreibäder und unsere 110 Ferienheime, die im Vorjahre 30.000 Kinder während der Schulferien beherbergt haben.

Ein anderer bedeutender Zweig der öffentlichen Fürsorge umfaßt jene bedauernswerten Kinder, die kein Elternhaus oder nur einen Elternteil besitzen. Die Gemeinde Wien hat nicht weniger als 25.000 Amtsmündel zu betreuen, an denen sie Vaterstelle vertritt. Fast 4.000 dieser Kinder verbringen ihre Jugend in städtischen Wohlfahrtsanstalten. 20.000 Familien, die kein Einkommen haben, oder die sonst im Elend leben, erhalten von der Gemeinde Wien regelmäßig Dauerunterstützungen. Fast 6.000 Greise werden in Altersheimen der Stadt Wien betreut und gepflegt. Weit über 2.000 Pfleglinge befinden sich in den städtischen Anstalten für Geisteskranke. Der Wiederherstellung der Gesundheit standen in Wien am Ende des Krieges nur rund 8.000 Spitalsbetten zur Verfügung. Durch Behebung von Kriegsschäden und Freigabe seitens der Besatzungsmächte konnte mit 12.000 Betten der Friedensstand fast schon erreicht werden.

Zwei Zahlen aus dem Budget der Stadt Wien für das laufende Jahr sollen Ihnen eine Vorstellung von dem Umfang der Fürsorgetätigkeit der Stadt Wien vermitteln: Bei einem Gesamtaufwand von 861 Millionen Schilling, den das Budget der Gemeinde Wien für 1948 vorsieht, entfallen für Wohlfahrts- und Fürsorgewecke an Sachausgaben und Geldunterstützungen 125 Millionen Schilling und für das Gesundheitswesen 129 Millionen Schilling. Die Stadt Wien gibt also für Wohlfahrts-, Fürsorge- und Gesundheitswesen allein 30 Prozent ihres Gesamtbudgets aus.

Als wir 1945 die Verwaltung dieser Stadt übernommen haben, fanden wir eine Bevölkerung vor, die durch Unterernährung und die Strapazen und Aufregungen des Krieges stark herabgekommen war. Diesen ungeheuren Aufgaben der öffentlichen Fürsorge standen wir aber nahezu mit leeren Händen gegenüber. Wir haben aber nicht verzweifelt und haben nicht resigniert auf Wunder gewartet, sondern jeder einzelne in dieser Stadt, die Arbeiter und Angestellten, die Ärzte, Pflegerinnen und Kindergärtnerinnen genau so wie die verantwortlichen Männer im Rathaus, haben energisch und ohne nach Lohn oder Kalorien zu fragen, zugegriffen, den Schutt weggeräumt, die vorhandenen Einrichtungen instandgesetzt und der Bevölkerung dieser Stadt dienstbar gemacht. Als dann die Hilfe des Auslandes dazukam, konnte das Tempo dieses Wiederaufbaues beschleunigt und der Erfolg vergrößert werden.

19. Juli 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1034

Immer aber hatten wir das Ziel vor Augen, die Wohlfahrtspflege dieser Stadt wieder in jenem Geiste aufzurichten, in dem sie nach dem ersten Weltkrieg von Professor Julius Tandler geschaffen wurde und in aller Welt Anerkennung gefunden hat, nach dem Grundsatz "Fürsorge ist eine Pflicht der Gesellschaft" und nach dem schönen Leitgedanken Julius Tandlers "Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder!"

Preisnachtrag zum Lebensmittelaufruf
=====

Für den Aufruf der Woche vom 19. bis 25. Juli wird folgender Preisnachtrag bekanntgegeben:

Speck (Bacon)	kg	S 8.--
Reis	" "	2.00
Puddingpulver Päckchen	"	-.90
Erdäpfel, inländische	kg	-.72
Erdäpfel, italienische	"	-.70

Diebstähle bei den E-Werken aufgeklärt

=====

In der Zeit von November 1946 bis November 1947 verschwanden verschiedene im Umspannwerk Rudolfsheim der städtischen E-Werke gelagerte Elektromaterialien und Geräte. Die Anzeige wurde erstattet, doch konnte die Polizei damals zu keinem Ergebnis gelangen. Erst als eine Firma dem E-Werk einen Gleichrichter zum Verkauf anbot, der als städtisches Eigentum erkannt wurde, konnten Beamte des E-Werkes die Spur weiter verfolgen und den provisorischen 25jährigen Facharbeiter Rudolf Malek als wahrscheinlichen Täter feststellen. Vor einigen Tagen verhaftete die Polizei ihn und seinen Komplizen, den 31jährigen provisorischen Hilfsarbeiter Alois Markus. Beide wurden sofort aus dem Dienst der Gemeinde Wien entlassen. Die Untersuchung ist noch im Gang, doch haben Malek und Markus ihre Verfehlungen zugegeben. Ein Großteil des gestohlenen Materials konnte bereits sichergestellt werden, sodaß die ursprünglich mit rund 40.000 Schilling berechnete Schadenssumme nur 8.800 Schilling beträgt. Man hofft jedoch auch den Rest im Lauf der Untersuchung zustandezubringen.

Übersiedlung der Baupolizei für den 21. Bezirk

=====

Die Magistratsabteilung 37 (Baupolizei für den 21. Bezirk) ist nach Wien 21., Gerichtsgasse 2-4, 1. Stock, Zimmer 129-131 übersiedelt. Der Parteienverkehr wird dort am Freitag, den 23. Juli, aufgenommen.

Ausgabe von ausländischem Gemüse

=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Auf Abschnitt 240 bzw. 440 des Gemüsebezugsausweises erhalten alle Verbraucher nach Maßgabe der Anlieferung $\frac{1}{2}$ kg ausländisches Gemüse. Anspruch auf eine bestimmte Sorte besteht nicht. Der Abschnitt 221 bzw. 421 wird nur mehr bis Donnerstag, den 22. Juli, eingelöst.